

Militär in Oldenburg

oder: Was hat das mit Krieg zu tun?



★ eine kritische Betrachtung

★ Hallo geneigte Leser_innen

Vorweg möchten wir euch ein wenig ausführen warum wir diese Broschüre zusammengestellt haben und was euch so erwartet. Seit Jahren beobachten wir auch hier in Oldenburg im Zuge des bundesweiten Trends einer schleichenden Militarisierung der Zivilgesellschaft bzw. eines immer offensiver auftretenden Militarismus in der Öffentlichkeit. War es auch in Oldenburg vor 20 Jahren noch fast undenkbar uniformierte Soldat_innen während ihrer Freizeit in der Öffentlichkeit zu beobachten, gehört dies inzwischen zum Alltag. Auch in Oldenburg fand 2006 ein Öffentliches Gelöbnis statt; es besteht eine offizielle Partnerschaft zwischen der Stadt und der hier ansässigen Fallschirmjägervereinigung. Die NWZ unterstützt diese mit ausführlicher und verherrlichender Berichterstattung. So weit so schlecht.

Aber was wissen wir wirklich über die Geschichte des Militärs in Oldenburg? Militär hat in Oldenburg eine lange und unselige Tradition. An jeder größeren Ausfallstraße befinden sich Kriegsdenkmal. Die ältesten gedenken dem oldenburger Dragonerregiment, das im deutsch-französischen Krieg 1870-71 eingesetzt war. Der überwiegende Teil sind aber natürlich Denkmäler für die Gefallenen der beiden Weltkriege. Hier sticht ins Auge, daß sie zumeist den toten deutschen Soldaten als Helden, nicht aber den Opfern der deutschen Aggression gedenken. Auch bei den jährlichen Gedenkfeiern zum Volkstrauertag wurde in Oldenburg von offizieller Seite bis Ende der 90er ausschließlich den gefallenen Täter_innen, nicht aber den Opfern gedacht. Kriegsverherrlichung? Blinder Gehorsam?

Nein nein, ein Schelm wer Böses dabei denkt...

Dabei gäbe die Geschichte der „oldenburger“ Einheiten sehr wohl genügend Anlass für einen deutlich reflektierteren und kri-

tischeren Umgang in der Vergangenheit und Gegenwart. Das Infanterieregiment der Wehrmacht aus Oldenburg nahm im zweiten Weltkrieg am Polenfeldzug teil, war am Überfall auf die Sowjetunion beteiligt, hervorzuheben wären hier die Erstürmung von Leningrad und die äußerst blutige Eroberung Sewastopols. Aber sie waren auch in Frankreich, Holland, Rumänien und 1943 bei der Besetzung von Rhodos dabei. Hier wurden unter anderem abtrünnige italienische Verbände massakriert. In wieweit das oldenburger Regiment an diesen Kriegsverbrechen beteiligt war, konnten wir leider nicht genau belegen. In der oldenburger Lokalhistorie findet sich darüber jedenfalls nichts. Das umfangreichste historische Werk zu Militär in Oldenburg schweigt sich zum Beispiel über die Jahre 39 - 45 einfach komplett aus! Auf der Internetseite der Stadt ist der einzige Satz zu diesem Zeitraum: „Das „Infanterieregiment 16“ wird verstärkt, verliert aber als Teil der Wehrmacht seine Oldenburgische Identität.“



So einfach geht das! Nach 1945 wurde Oldenburg zu einem der wichtigsten Bundeswehrstandorte der BRD. In den 60ern war Oldenburg sogar der zweitgrößte Truppenstandort der Republik. 1991 waren es Jagdbomber, hier vom Fliegerhorst, die in die Türkei geschickt wurden, um dem Irak im Zuge der NATO Eskalationspolitik zu drohen. Dies war der erste Einsatz von deutschen Soldat_innen im Ausland mit einer Option auf einen Kriegseinsatz. Dieser Einsatz war der Türöffner für folgende Kriegseinsätze im Ausland. 1999 war es dann mit dem Kosovokrieg soweit. Auch oldenburger Einheiten sammelten hier erste Kriegserfahrung und vor allem wie Besatzung und Aufstandsbekämpfung funktionieren. Also nicht weniger als das Übernehmen polizeilicher Aufgaben. Im Zuge der Umstrukturierung der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer Angriffsarmee wurde die Zahl der Einheiten in Oldenburg stark reduziert. Aber auch wenn die Menge an Soldat_innen bis heute stark abgenommen hat, so bleibt Oldenburg ein äußerst wichtiger Stützpunkt. Von hier werden deutsche Truppen in aller Welt mit Nahrungsmitteln versorgt. Das Fallschirmjägerregiment „Oldenburg“ zählt nach dem Kommando Spezialkräfte zur Speerspitze der Bundeswehr. Hier an der Carl von Ossietzky Universität wird zu neuen Strategien der Besatzung von Ländern geforscht. Alles in unserer ach so beschaulichen Huntemetropole.

Diese Zustände sind aus unserer Sicht nicht hinnehmbar! Wir wehren uns gegen solch ein militaristisches und menschenverachtendes Treiben. Im Militär und Militarismus verdichten sich eine Vielzahl von Ideologien und Denkmustern, die wir grundlegend ablehnen, da sie aus unserer Sicht der Emanzipation unserer Gesellschaft diametral entgegenstehen. Die Hauptaufgabe des Militärs ist ja nicht zuletzt auch die Absicherung des Bestehenden, soll heißen eines krisenhaften Kapitalismus und der Nationalstaaten.

Militarismus ist elementarer Bestandteil faschistischer Ideologie, und auch rassistische und sexistische Strukturen und Denkmuster sind untrennbar mit ihm verknüpft. Erwähnenswert ist zudem noch die postkoloniale Weltsicht, die den modernen Kriegseinsätzen im Namen der Demokratie und Menschenrechte als Legitimationsgrundlage dient.

Mehr als genug Gründe hier vor Ort nicht weiter über die Mörder_innen in unserer Mitte zu schweigen! Wir haben keine Lust ein Teil des neuen deutschen Großmachtsstrebens zu sein und kämpfen für eine solidarische Perspektive jenseits von Nation, Kapitalismus und Krieg. Deshalb wollen wir mit dieser Broschüre und einer Veranstaltungsreihe im Februar und März auf die Zustände hier in Oldenburg, in Deutschland und der ganzen Welt hinweisen. Vorraus schicken wir einen Artikel von Tobias Pflüger, der den größeren politischen Rahmen erklären soll, und die Veränderung der Bundeswehr und der deutschen Außenpolitik beleuchten soll. Nach diesem Einstieg erklären wir in kurzen Artikeln, die einzelnen Bundeswehrinstitutionen in Oldenburg, ihre Funktion und Bedeutung. Wir hoffen damit eine Diskussion anzustossen und vielleicht ein wenig Widerstand hier gegen dieses militaristische Treiben zu sähen.

Kontakt: antimil-ol@gmx.de

★ Kein Raum für Mörder_innen
und Kriegstreiber_innen!

★ Bundeswehr abschaffen!

Bis heute steht die Aufstellung des Kommando Spezialkräfte (KSK) im Jahr 1996 symbolhaft für die neue offensive Ausrichtung der Bundeswehr. Dies bezieht sich nicht allein auf die konkreten Einsätze und darauf, dass die Öffentlichkeit hierüber völlig im Dunkeln gelassen wird; die eigentliche Bedeutung des KSK liegt darin, dass es die Speerspitze der generellen Entwicklung der Bundeswehr von einer – zumindest formal und primär – auf die Landesverteidigung im engeren Sinne ausgerichteten Armee, hin zu einer global agierenden Interventionstruppe war und ist. Da dem KSK somit strukturbildender Vorbildcharakter gegenüber anderen Truppenteilen zukommt, ist es die Verkörperung all dessen, für was der Begriff der Transformation der Bundeswehr steht, nämlich, wie es Detlef Bald, der ehemalige wissenschaftliche Direktor am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (SoWi) formulierte, für den grundlegenden „Paradigmenwechsel von der Verteidigung zur Intervention.“ Dieser Artikel beginnt mit einer Definition, was genau unter dem Begriff der Transformation zu verstehen ist (Kapitel 1). Anschließend wird beschrieben, wie sich diese Transformation bislang auf Strategie und Struktur der Bundeswehr (Kapitel 2) und auf die einzelnen Teilstreitkräfte (Kapitel 3) ausgewirkt hat. Daraufhin wird beleuchtet, welche Interessen hinter dieser auf globale Kriegsführungsfähigkeit abzielenden Umstrukturierung stecken (Kapitel 4). Ausgehend von dieser Bestandsaufnahme soll beschrieben werden, wohin sich die Transformation der Bundeswehr zukünftig aller Wahrscheinlichkeit nach entwickeln wird; nämlich in Richtung von Besatzungsmissionen im Rahmen des neuen Leitbilds der „Vernetzten Sicherheit“ (Kapitel 5) und die eng damit verbundenen künftigen Operationsschwerpunkte Aufstandsbekämpfung (Kapitel 6) und Häuserkampf (Kapitel 7). Abschließend soll noch auf die zunehmende Zivil-Militärische Zusammenarbeit im Inland eingegangen werden, die gewisser-

maßen die innenpolitische Entsprechung der vernetzten Sicherheit darstellt und der Gesamtprozess einer Kritik unterzogen werden.

Die Transformation der Bundeswehr

Dimensionen des Paradigmenwechsels von der Verteidigung zur Intervention

von Tobias Pflüger

1. Transformation: Militärsprech für Kriegsausrichtung

Nach langer Zeit wurde im Oktober 2006 von der Bundesregierung wieder ein neues Weißbuch vorgelegt, in dem der Transformation der Bundeswehr eine zentrale Rolle eingeräumt wird – sie gibt gewissermaßen die Zielperspektive vor, der alle anderen Maßnahmen folgen.

Vor diesem Hintergrund lohnt zunächst der Blick darauf, was denn überhaupt unter diesem Begriff im militärischen Kontext verstanden wird. Dabei lässt sich folgende Definition finden: „Im Militärwesen versteht man unter einer Transformation die Fortentwicklung und den Einsatz von Methoden, die militärischen Einheiten einen revolutionären Vorteil verschaffen. Sie kommen in einigen Fällen sogar ohne die Entwicklung moderner Waffensysteme und deren Beschaffung aus und umfassen daher vor allem doktrinale und strategische Weiterentwicklungen. Die Transformation von Streitkräften ist mehrdimensional zu erfassen.“ Konzeptionell federführend ist dabei das Zentrum für Transformation der Bundeswehr. Der Abteilungsleiter Transformation in diesem Zentrum, Rainer Wädle, benannte in erschreckender,

aber nichtsdestotrotz unmissverständlicher Deutlichkeit, um was es bei diesem Prozess tatsächlich geht: „Transformation ist die zentrale Herausforderung für eine erfolgreiche Anpassung der Streitkräfte [...], um die Durchsetzung nationaler Interessen mit militärischen Mitteln immer und überall dort zu unterstützen, wo es politisch gewollt ist.“

2. Die Entwicklung zur „Armee im Einsatz“

Die Grundidee für die Transformation der Bundeswehr stammt aus den USA: „Die wichtigste Entwicklung nach dem Kalten Krieg ging von strategischen Überlegungen des US-Militärs aus, die versuchten, mit der sich anbahnenden Ausbreitung von niedrigschwelligen kriegerischen Auseinandersetzungen Schritt zu halten, da die Massenheere des 20. Jahrhunderts nicht mehr zu der aktuellen Entwicklung passten. Wichtige Einzelmaßnahmen wurden hierbei die Konzentration auf kleine und flexible Einheiten, die über das NetworkCentric Warfare-System miteinander vernetzt sind. Mit der Transformation des amerikanischen Heeres gingen auch Strukturmaßnahmen einher. Den Überlegungen der USA folgten vor allem die Verbündeten innerhalb der NATO.“ Aber nicht nur in der NATO, sondern auch in Deutschland wurden spätestens mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) im Jahr 1992 früh die Weichen in Richtung offensive Kriegsführung gestellt. Nachdem die Bundeswehr nach Kambodscha (1992) und Somalia (1993) ausgerückt war,



entschied das Bundesverfassungsgericht am 12. Juli 1994, dass eine deutsche Beteiligung an solchen Einsätzen im Rahmen „kollektiver Sicherheitssysteme“ mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Als kollektive Sicherheitssysteme wurden bis dahin die UNO und die OSZE verstanden, mit dem Urteil wurde jedoch plötzlich das Militärbündnis NATO in dieselbe Kategorie verortet. Unmittelbar nach dem Urteil legte der damalige Verteidigungsminister Volker Rühle die „Konzeptionelle Leitlinie zur Weiterentwicklung der Bundeswehr“ vor, in der mit 50.000 (kurze Zeit später 53.600) Soldaten erstmals eine konkrete Zahl für auf Auslandseinsätze ausgerichtete Krisenreaktionskräfte benannt wurde. Vor diesem Hintergrund sank der Umfang der Bundeswehr während Rühles Amtszeit aus Kostengründen zwar von 370.000 auf 338.000 Sol-

daten, gleichzeitig wurden aber die zur Kriegsführung im Ausland befähigten Truppenteile massiv ausgebaut. Das war quantitative Abrüstung, aber qualitative Aufrüstung. Nicht zuletzt aufgrund der Bundeswehreinsätze in Bosnien und im Kosovo setzte sich schließlich die Position durch, dass erheblich mehr Kräfte für die Durchführung von Kriegseinsätzen zur Verfügung stehen müssten. Da die Bundeswehr zudem nicht nur immer häufiger in Militäreinsätze geschickt wurde, sondern vermehrt quasi-koloniale Besatzungsaufgaben gerade auf dem Balkan wahrnahm - auch hier urteilte das Bundesverfassungsgericht

Mitte 2007, dass derlei Besatzungen mit dem Grundgesetz vereinbar seien -, wurde dieser Entwicklung durch eine neuerliche Re-Strukturierung Rechnung getragen. Dies geschah mit dem

noch unter der rot-grünen Regierung entwickelten Planziel, die Bundeswehr bis 2010 einerseits weiter zu verkleinern, gleichzeitig aber die interventionsfähigen Truppenteile abermals massiv zu erhöhen: Folglich gliedert sich die Bundeswehr spätestens ab 2010 in 35.000 Eingreifkräfte, sozusagen die Speerspitze der kämpfenden Truppen, 70.000 Stabilisierungskräfte (für Besatzungsaufgaben wie auf dem Balkan oder in Afghanistan) und 147.500 Unterstützungskräfte, deren Aufgabe die Logistik der Auslandseinsätze darstellt. Die Tragweite dieser Entwicklung lässt sich kaum überschätzen. In Militärkreisen heißt es hierzu: „Nach Abschluss des Umbaus der Bundeswehr von einer reinen Territorialarmee zur Landesverteidigung, zu einer weltweit dislozierbaren Einsatzarmee in multinationalen Operationen wird der größte Paradigmenwechsel für die deutschen Streitkräfte abgeschlossen sein.“ Diese Zielvorgabe, in der die Landesverteidigung offensichtlich keiner Rolle mehr spielt, wurde zuletzt vom „Weißbuch der Bundeswehr“ im Oktober 2006 bestätigt, in dem es heißt: „Die Struktur der Bundeswehr wird konsequent auf Einsätze ausgerichtet.“ (S. 6) Kurzum, in den Worten von Verteidigungsminister Franz-Josef Jung: „Auslandseinsätze werden immer mehr zu einer Kernaufgabe der Bundeswehr.“

3. Die Transformation der Teilstreitkräfte

Die Transformation der Bundeswehr soll auf die einzelnen Teileinheiten, also Heer, Marine und Luftwaffe (plus Sanitätsdienst und Streitkräftebasis, s.u.) übertragen werden. Das Ziel des Ganzen lässt sich auf eine einfache Formel bringen: „Es geht dabei stets um die Sicherstellung eines bundeswehrgemeinsamen Ansatzes zur Verbesserung der Einsatzfähigkeit.“ Im Vergleich zu den anderen Teilstreitkräften steht das Heer vor der besonderen Situation, Hauptträger der aktuellen Einsätze zu sein und damit

schon jetzt die Erfordernisse einer „Armee im Einsatz“ erfüllen zu müssen. Um diesem Ziel gerecht zu werden, verschieben sich die Prioritäten in der Rüstungsplanung. Anstatt für den Kampf in großen Panzerschlachten zuzurüsten, was bis in die 90er Jahre Grundlage der Ausstattung war, treten Mobilität und erhöhte Kampfkraft kleinerer Truppenverbände in den Mittelpunkt. Bei den Fahrzeugen verschiebt sich daher der Schwerpunkt von großen Kampfpanzern wie dem Leopard 2 hin zu kleineren Fahrzeugen, die u.a. per Flugzeug ins Einsatzgebiet transportiert werden können. Neben dem geschützten Transportfahrzeug Dingo 2, das zurzeit mit großer Eile für die Truppen in Afghanistan beschafft wird, fallen der Schützenpanzer Puma, der Transportpanzer Boxer sowie der Schützenpanzer Fennek in diese Kategorie. Die drei Projekte sollen insgesamt €4,8 Mrd. kosten. Für die einzelnen Soldaten werden die Systeme „Infanterist der Zukunft“ (IdZ) für unmittelbare Kampftruppen und „Soldat im Einsatz“ (SiE) für Unterstützungskräfte beschafft. Insgesamt sollen dadurch kleine Einheiten in die Lage versetzt werden möglichst unabhängig und flexibel agieren zu können, um der Unvorhersehbarkeit, die die asymmetrische Kriegsführung etwa in Afghanistan kennzeichnet, Rechnung zu tragen. Für die Marine bedeutet dies, in den Worten von Vizeadmiral Wolfgang Nolting, den Truppenteil in eine „Expeditionary Navy“ weiterzuentwickeln. Da sich etwa 80 Prozent der möglichen Einsatzgebiete in Küstennähe befinden, plädiert Nolting dafür, „die Weltmeere jedoch auch als größtes militärisches Aufmarsch- und Operationsgebiet zu begreifen.“ Die gegenwärtigen Beschaffungsprojekte orientieren sich an diesem Bedarf. Neben den hochseegängigen Korvetten K130 sind hier insbesondere die extrem teuren Fregatten F125 zu nennen: „Die F125 wird für mehrjährige Stabilisierungseinsätze optimiert sein. Eine Stärke liegt in der Fähigkeit, Operationen in einem Einsatzland mit Waffenwirkung von See zu unterstützen.“ Auch in der

Luftwaffe spielt sich derselbe Prozess ab, der in einem eigens der Transformation gewidmeten Faltblatt folgendermaßen beschrieben wird: „Die Luftwaffe ist der Kompetenzträger für Luftmacht in der Bundeswehr. [...] In der nächsten Dekade wird sich ein vollständiger Wandel bei der Ausstattung unserer Verbände mit zukunftsfähigen Waffensystemen neuester Generation vollziehen. Die Luftwaffe gewinnt somit in allen Bereichen an Wirksamkeit, an Durchhaltefähigkeit und operativer Flexibilität. Der Einstieg in die Transformation ist uns gelungen.“ Mit der Transformation wollte man den „weltweiten Einsatz ermöglichen“ sowie die „Fähigkeit zu kurzen Einsätzen hoher Intensität sowie mehrjährigen Einsätzen niedriger und mittlerer Intensität erlangen.“ Auch hier schlägt sich diese Zielvorgabe auch in den jeweiligen Beschaffungsprojekten nieder: „Die künftige Struktur der Luftwaffe konzentriert sich auf den Einsatzauftrag. Sie ist ein wichtiges Element der Transformation und soll bis 2010 umgesetzt werden. [...] Aufgebaut wird eine verlegbare Luftraumüberwachungskapazität. Die Fähigkeiten im strategischen Lufttransport sollen 60 Maschinen des Typs A-400M deutlich verbessern. Für weitere Transportaufgaben werden 42 Hubschrauber vom Typ NH-90 zur Verfügung stehen.“ Ein letzter wichtiger Aspekt in diesem Zusammenhang ist noch die so genannte „vernetzte Operationsführung“, die sich auf alle Teilstreitkräfte bezieht und auf die Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb und zwischen den einzelnen Einheiten abzielt: „Die Transformation der Bundeswehr umfasst



ein ganzes Bündel von Maßnahmen, mit denen die deutschen Streitkräfte auf ihre neuen Aufgaben ausgerichtet werden. [Dabei] steht die Befähigung zur Vernetzten Operationsführung im Mittelpunkt. Mit diesem Konzept werden die Möglichkeiten des Informationszeitalters in den Streitkräften umgesetzt. Die Führung und der Einsatz von Streitkräften werden auf die Grundlage eines umfassenden Informations- und Kommunikationsverbundes gestellt. Allumfassend bedeutet das, dass alle netzwerkfähigen Streitkräfte, Führungsebenen und Operationen miteinander vernetzt werden können. Man spricht hierbei von Interoperabilität. [...] Dadurch werden auf Informationsüberlegenheit aufbauende, flexiblere und effektivere militärische Einsatzkonzepte und Operationen möglich.“ Insgesamt geht es bei dem ganzen Transformationsprozess, wie die Bundeswehr unmissverständlich betont, um eine „Konzentration auf die wahrscheinlichsten Einsätze.“ Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung drängt sich natürlich automatisch die Frage auf, was denn künftig die „wahrscheinlichsten Einsätze“ sein und welche Interessen mit ihnen verfolgt werden.

4. Militärische Interessensdurchsetzung

Eine klare Interessensdefinition, was mit einem Bundeswehreininsatz konkret bezweckt werden soll, wurde auch von Bundespräsident Horst Köhler angemahnt: „Diese Debatte [über Außen- bzw. Militärpolitik] braucht klare Analysen, welche deutschen Interessen es zu schützen und zu fördern gilt, vor

welchen Herausforderungen und Bedrohungen wir dabei stehen, auf welche Ressourcen wir zählen können, wie wir vorgehen und welche Rolle die Bundeswehr dabei übernimmt.“ Nachdem das Weißbuch der Bundeswehr explizit mit dem Anspruch angetreten war, eben jene von Köhler angemahte „klare Analyse deutscher Interessen“ zu präsentieren, lohnt sich ein genauer Blick, was dort über diesen Bereich zu finden ist. Das Dokument lässt dabei nichts an Deutlichkeit vermissen. Dort wird die Kontrolle von Rohstoffvorkommen und ihren Transportwegen ebenso als ins Aufgabenspektrum der Bundeswehr gerückt, wie das Interesse, „den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstands zu fördern.“ Als weiteres zentrales Ziel benennt das Weißbuch die „Stabilisierung“ so genannter gescheiter Staaten und die wachsende Bedeutung des „Stabilitätsexports“. Dies ist nur folgerichtig, hat doch der „freie und ungehinderte Welthandel“ zu einer massiven Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung geführt, weshalb

das ungerechte Weltwirtschaftssystem zunehmend militärisch abgesichert werden muss. Ein Beitrag in der Zeitschrift griephan global security, die gegenwärtig versucht, sich als Zentralorgan an der Schnittstelle zwischen Sicherheitspolitik und Wirtschaft zu etablieren, bringt diesen Gedanken überdeutlich auf den Punkt: „Zur Zeit ist eines der größten Risiken, dass die gegenwärtig Ausgeschlossenen irgendwann Gehör finden und ihren Einfluss dann auf nationaler Ebene wieder geltend machen. Daraus entsteht sowohl für globale Unternehmen als auch für Investoren



eine Herausforderung: Wie schützt man globale Unternehmensstrukturen in einer Zeit, wo sich das ‚Länderrisiko‘ im weitesten Sinne verschärft? Unternehmen müssen [sich] gegen politische und soziale Unruhen in den Nationalstaaten sichern.“ Sollte es also dazu kommen, dass die Interessen deutscher Konzerne von Konflikten oder Widerstandsbewegungen in Ländern der Dritten Welt „bedroht“ werden, steht das Militär zur „Stabilisierung“ der Lage bereit. Nicht zuletzt hierfür hat die Bundeswehr mit der „Vernetzten Sicherheit“ ein neues Leitbild eingeführt.

5. Leitbild „Vernetzte Sicherheit“

Weil für die anvisierten Stabilisierungsoperationen grundlegend neue Kapazitäten erforderlich sind, orientiert sich die Bundeswehr bei solchen Einsätzen zunehmend am Konzept der „Vernetzten Sicherheit“. Denn es genügt nicht mehr, einen Krieg zu gewinnen, auch die anschließende Besetzung muss funktionieren. Hierzu setzt man immer stärker auf eine

enge Zivil-militärische Zusammenarbeit (CIMIC), den Kern der vernetzten Sicherheit. Denn eine Effektivierung der Besetzungen erfordert laut Weißbuch (S. 7) die „noch engere Integration politischer, militärischer, entwicklungspolitischer, wirtschaftlicher, humanitärer, polizeilicher und nachrichtendienstlicher Instrumente der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung.“ Kerngedanke des Konzepts ist es also, sämtliche zivilen Kapazitäten für eine militärische Besetzung nutzbar zu machen und dem Militär zu unterstellen. Mit CIMIC findet somit eine Paramilitarisierung der

Außenpolitik statt, da besonders humanitäre Helfer ihre Neutralität verlieren, wenn sie vor Ort Hand in Hand mit dem Militär agieren. Sie werden für die Bevölkerung somit zu einem integralen Bestandteil eines Besatzungsregimes und damit zu Gegnern. Weil aber die Bevölkerung in vielen Ländern, in denen derartige Besatzungen ablaufen, die westlichen Truppen lieber heute als morgen aus dem Land jagen würde, geht das Militär davon aus, dass sich guerillakriegsartige Situationen künftig häufen werden.

6. „Operationsschwerpunkt Aufstandsbekämpfung“

Auch in diesem Bereich scheinen die USA- speziell ihre Kriegführung im Irak - derzeit Vorbildcharakter zu haben, wie sich beispielhaft an Afghanistan zeigen lässt. Ausgerechnet eine Analyse eines regierungsnahen Think Tanks, der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), plädiert dafür, die Bundeswehr müsse das von den USA im Irak angewandte Aufstandsbekämpfungskonzept für Afghanistan übernehmen. Man müsse sich, so die Autoren der Studie, Timo Noetzel und Benjamin Schreer, an der US-Strategie im Irak orientieren: „Wie im Irak bestehen auch dort [in Afghanistan] klassische Herausforderungen durch Aufständische, die möglichst wirksam bekämpft werden müssen. [Deshalb ist] die militärische Präsenz der Koalitionstruppen in der Fläche und die Durchführung gezielter offensiver Operationen gegen radikale Aufständische notwendig.“ Mit der angekündigten Übernahme der Quick Reaction Force in Nordafghanistan hat die Bundesregierung einen großen Schritt in die von Noetzel und Schreer geforderte Richtung gemacht, nämlich den „Operationsschwerpunkt Aufstandsbekämpfung“ in den Mittelpunkt der Planungen zu rücken.

7. Blick in die Kristallkugel: Vorbild Falludscha

Eine weitere SWP-Studie fordert ebenfalls, die Lehren aus dem blutigen US-Krieg im Irak zu ziehen. Unter dem bezeichnenden Titel „Falludscha und die Transformation der Streitkräfte – Häuserkampf in Städten als dominante Kernfähigkeit der Zukunft?“, fordert der Autor, Sascha Lange, die „intensivere Berücksichtigung des Gefechtsraums Stadt.“ Denn, so die Begründung, es „droht auch der Bundeswehr ein verstärkter Einsatz in dieser an Bedeutung weiter zunehmenden Konfliktumgebung.“²⁵ Das zynische an der ganzen Angelegenheit ist, dass Falludscha im Wesentlichen nichts anderes als die großangelegte Bombardierung der Zivilbevölkerung war und die Opferzahl sich noch zusätzlich dadurch massiv erhöhte, dass beim „Durchkämmen“ der Häuser unzählige Zivilisten über den Haufen geschossen wurden. Dass die SWP-Studie dabei die Opferzahl mit 1200 Menschen viel zu niedrig ansetzt, passt hier ins Bild. Tatsächlich wurden im Rahmen des Ende 2004 erfolgten Einsatzes 36.000 Häuser, 9.000 Läden, 65 Moscheen, 60 Schulen, die historische Bibliothek der Stadt, alle Regierungsgebäude und praktisch die gesamte Infrastruktur, inklusive aller Kraftwerke, Kommunikationssysteme, Wasserwerke und Kläranlagen zerstört. Bei dem US-Einsatz kamen mindestens 6.000 Zivilpersonen ums Leben - alles in allem also eine erschreckende Bilanz für einen Einsatz, dem hier nichtsdestotrotz Vorbildcharakter für künftige Bundeswehroperationen zugesprochen wird. Zufrieden äußert sich die SWP-Studie darüber, dass die Bundeswehr bereits strukturell dieser Schwerpunktverschiebung in Ansätzen Rechnung getragen habe. Erwähnt werden dabei u.a. die Ausbildung von Scharfschützen und das Häuserkampftraining, das bereits heute insbesondere im Gefechtsübungszentrum Magdeburg stattfindet. Allerdings wird gleichzeitig angemerkt, dass diese Ausbildungskapazitäten

aufgrund der wachsenden Bedeutung der Kriegführung im urbanen Umfeld ausgeweitet werden müssten: „[I]n Anbetracht der wahrscheinlichen Konfliktszenarien und Gefahren der Zukunft müssen sich Operationen im urbanen Umfeld wesentlich stärker in Ausrüstung, Truppenstruktur und Einsatztaktik der Streitkräfte widerspiegeln.“ Worum es hierbei geht, ist nichts anderes als die Forderung, die Bundeswehr künftig noch stärker auf die Bekämpfung der armen und dramatisch wachsenden weltweiten Slumbevölkerung auszurichten - zum „Rüsten für den Globalen Bürgerkrieg.“ Auch hier greifen deutsche Strategen erneut auf Überlegungen zurück, die in den USA angestellt wurden. Beispielhaft hierfür ist ein Beitrag in Parameters, der Zeitschrift des amerikanischen Heeres: „Die Zukunft der Kriegführung liegt in den Straßen, Abwasserkanälen, Hochhäusern und dem Häusermeer, aus denen die zerstörten Städte der Welt bestehen.[...] Unsere jüngste Militärgeschichte ist gespickt mit Städtenamen wie Tuzla, Mogadischu, Los Angeles, Beirut, Panama City, Hué, Saigon, Santo Domingo - aber diese Zusammenstöße sind nur der Prolog des eigentlichen Dramas, das uns noch bevorsteht.“ Häuserkampf in Falludscha - Vorbild für die Bundeswehr „Die Stadt Falludscha liegt ca. 50 Kilometer westlich von Bagdad. Sie war aus Sicht der US-Geheimdienste und Militärs seit langem eine ausgesprochene Hochburg des Widerstands. Am Montag, den 8. November 2004, begannen alliierte Streitkräfte im Rahmen der Operation Phantom Fury, die Stadt von Widerstandskämpfern zurückzuerobern. [...] Das offensive Vorgehen gegen die Widerstandsnester sollte einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der für Januar 2005 vorgesehenen Wahlen leisten. Als vorbereitende Maßnahme waren im Verlauf des Oktobers wiederholt begrenzte Luftangriffe durch Flugzeuge, Hubschrauber und unbemannte Luftfahrzeuge durchgeführt worden. Die eigentliche Bodenoperation begann am 8. November. Verschiedene Trup-

penkontingente, wie Kräfte der irakischen Armee, des US-Heeres und der US-Marineinfanterie (Marines) tasteten sich an die Stadt heran. Zu diesem Zeitpunkt schätzten die US-Militärs, dass sich ‚nur‘ noch 30.000-90.000 Zivilisten vor Ort befanden. Insgesamt waren ungefähr 12.000 Soldaten aufmarschiert. Am 9. November drangen die Bodentruppen in die Stadt vor und führten 10 Tage lang einen intensiven Häuserkampf gegen ihre Widersacher. [...] Die schweren Probleme, denen sich die US-Streitkräfte in Falludscha gegenüber sahen, untermauern die Dringlichkeit einer intensiveren Berücksichtigung des Gefechtsraums Stadt.“ Quelle: Sascha Lange: Falludscha und die Transformation der Streitkräfte – Häuserkampf in Städten als dominante Kernfähigkeit der Zukunft? SWP-Diskussionpapier, Januar 2005,

8. ZMZ: Die innenpolitische Komponente der Vernetzten Sicherheit

Im Rahmen der Transformation der Bundeswehr erfolgte auch eine Neustrukturierung der so genannten Streitkräftebasis. Hier kommt nun ein neuer Teil hinzu, dieso genannte Territoriale Wehrverwaltung, die einerseits den gesamten Verwaltungsbereich umfasst, gleichzeitig aber auch ein umfangreiches „einfließen“ militärischer in zivile Strukturen beinhaltet und damit eine der wesentlichsten innenpolitischen Entsprechungen der vernetzten Sicherheit darstellt (neben der Paramilitarisierung der Polizei). Im Moment werden in jedem Bundesland so genannte Landeskommandos aufgebaut, innerhalb denen es künftig Beauftragte für den Bereich der Zivil-militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) geben wird. Diese „Beauftragten der Bundeswehr für Zivil-Militärische Zusammenarbeit“ (BeaBwZMZ) sind das Verbindungsorgan auf der Ebene der Regierungsbezirke, Landkreise und kreisfreien Städte von der Bundeswehr zu den zivilen Katastrophenschutz-

stäben. Die BeaBwZMZs sind Zivilisten, meist Reservisten der Bundeswehr, die für die direkte Zusammenarbeit mit der Bundeswehr verantwortlich sind. Offiziell besteht eine der Hauptaufgaben im Katastrophenschutz, gleichzeitig wird aber bei näherer Betrachtung schnell deutlich, dass es auch oder womöglich sogar primär darum geht, zivile Strukturen in ein militärisches Gesamtkonzept mit einzubeziehen – der Militarisierung der Außenpolitik folgt nicht von ungefähr die im Inland auf dem Fuße. Wichtig ist in diesem Kontext, dass sich die Zusammenarbeit auf das so genannte Reservisten-Konzept stützt, das unlängst mit dem Ziel verändert wurde, auch die Reservisten für das auf die Verbesserung der Kriegsführungsfähigkeit abzielende Gesamtkonzept nutzbar zumachen.

9. Fazit: Die Bundeswehr strukturell angriffsunfähig machen

Wie aus den vorigen Passagen deutlich geworden sein sollte, zielt die Transformation der Bundeswehr auf die Verbesserung der Kriegsführungsfähigkeit ab. Sie ist eingebettet in die parallel ablaufende Umstrukturierung von NATO und EU. Dabei wirkt die deutsche Beteiligung an den jeweiligen Schnellen Eingreiftruppen (EU-Battlegroups und NATO Response Force) auf die Bundeswehr zurück, sie erweist sich nämlich, in den Worten des Weißbuchs (S.31), „als Transformations-Katalysator für die konti-

nuierliche Verbesserung der militärischen Fähigkeiten aller beitragenden Nationen.“ Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, dass dieser Prozess in der Bevölkerung in seiner gesamten Tragweite noch nicht wirklich wahrgenommen wurde. Dies wird dadurch erschwert, dass wieder einmal keinerlei öffentliche Debatte hierüber stattfindet. Ebenso wenig wird der Bevölkerung wirklich offen mitgeteilt, dass Krieg erneut zum Mittel der Politik geworden ist, obwohl dies die Kernfrage darstellt, um die eine öffentliche Auseinandersetzung stattfinden müsste. Eine Hauptforderung besteht deshalb darin, die sofortige Auflösung der interventionsfähigen Teile der Bundeswehr zu fordern,



zuerst das Kommando Spezialkräfte und dann weitergehend die Truppenteile, die jetzt den EU-Battlegroups zur Verfügung gestellt werden: Das Kommando Operative Führung Eingreifkräfte in Ulm spielt als Kommandozentrale in diesem Kontext eine wichtige Rolle, aber auch die Deutsch-Französische Brigade in Müllheim, die vor Kurzem auch Teil der NATO Response Force war und künftig Teil der Battlegroups werden soll. Die Auflösung dieser Einheiten wäre der notwendige erste Schritt auf dem Weg zu einer umfassenden Abrüstung, die natürlich noch weit darüber hinausgehen sollte.

(Die Anmerkungen und Quellennachweise sind aus Platzgründen nicht abgedruckt, ihr findet sie, wie weitere spannende Texte, auf www.imi-online.de)

„Einsatzbereit – jederzeit – weltweit“: Die Luftlandebrigade 31 „Oldenburg“

Im kleinen, unscheinbaren Oldenburg befindet sich ein Teil der Bundeswehr: Die Luftlandebrigade 31 .

Im Februar/März 2010 ist sie nun nach Afghanistan verlegt worden, um dort den „Frieden zu sichern“. Der Brigadegeneral Frank Leidenberger (damaliger Kommandeur der Llb.31) übernahm die Führung der ISAF Truppen im Norden Afghanistans. Die LIB 31 ist Teil der Division Spezielle Operationen (DSO), der auch das KSK angehört. Dies sind die „Elitetruppen“ der Bundeswehr. Insgesamt sind es 1.300 Soldat_innen, die in Oldenburg und Seedorf stationiert sind. Es handelt sich hierbei um die Fallschirmjäger_innenbataillone 313 und 373, sowie das Luftlandeunterstützungsbataillon 272.

In Folge der Umstrukturierung der Bundeswehr, um zu einer kriegsfähigen Armee zu werden (getreu dem Motto), wurde die Luftlandebrigade 31 „Oldenburg“ als Speerspitze der „neuen“ Bundeswehr definiert. Es geht hierbei vor allem um eine „einsatzbereite“ Truppe, die „jederzeit“ eingreifen kann und das „weltweit“. Genau dies hat sie sich dann auch zum Wahlspruch gemacht. Mit dem Anspruch schnell in die Kriegsschauplätze auf der Welt eingreifen zu können steht Deutschland anderen Staaten in puncto Kriegsführung nun in nichts mehr nach.

Doch die LIB 31 ist nicht erst vor wenigen Jahren entstanden, sie hat eine weit zurück reichende Tradition. In ihrer Funktion als Teil der Bundeswehr war die LIB 31 schon an verschiedenen Kriegsschauplätzen vertreten. So war sie 1996 im bosnischen Sarajevo sowie in Mazedonien und Jugoslawien unter NATO Mandat an den Kriegshandlungen beteiligt. Nun sollen sie ihre „Fähigkeiten“ in Afghanistan unter Beweis stellen.

Einsatzbereit für was?



Zu den Aufgaben der LIB 31 gehört die schnelle Bereitstellung von Truppen und vor allem ihre Führung innerhalb von fünf bis fünfzehn Tagen. Da auch das KSK der Division Spezielle Operationen unterstellt ist, besteht hier eine Zusammenarbeit. Wie diese aussieht ist durch offizielle Quellen nicht ganz zu belegen, da die „Eliteeinheiten“ kaum Rechenschaft ablegen müssen. Wie jedoch der Name schon sagt, handelt es sich dabei um Spezielle Operationen. Die Soldat_innen werden für die direkte „Feindbekämpfung“

fung“ ausgebildet. Da die Luftlandebrigade 31 vor allem die Fallschirmjäger beinhaltet, kann mensch sich denken, dass ihnen eine wichtige Bedeutung im Krieg in Afghanistan zukommt. Sie können sich in unwegsamem Gelände bewegen und sind vor allem auch für die Luftaufklärungseinsätze sehr hilfreich. Im Fokus steht die „Operationen gegen irreguläre Kräfte“, also gegen einen Gegner, der sich nicht auf offenem Feld (wie z.B. eine staatliche Armee) entgegentritt. Hier spielt die sogenannte „asymmetrische Kriegsführung“ eine entscheidende Rolle. Sie sollen also auch mitten in feindlichem Gebiet



agieren und sozusagen ein Gegenstück zu den mit Guerillataktiken agierenden „insurgents“ (Aufständische aller Art) bilden. Für die Zukunft kann mensch sich das so vorstellen:

Irgendwo in der Welt sieht Deutschland seine (wirtschaftlichen) Interessen bedroht. Sei es in sogenannten Regionen ohne staatliche Kontrolle, oder durch eine missliebige Regierung. Für die Öffentlichkeit wird in den Medien ein Grund zur militärischen Intervention aufgebaut (humanitäre Katastrophe, angebliche Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung der Bevölkerung durch besonders böse Diktatoren...), die es zwar auf der ganzen Welt gibt, wovon die meisten aber von geringem Interesse zu sein scheinen. Wenn es dann soweit ist, kommt die DSO ins Spiel und damit auch die LIB 31. Zusammen mit der Luftlandebrigade in Saarbrücken und dem KSK bildet sie die ersten Eingreiftruppen. Sie sollen in schnellen Anfangsoperationen Schlüsselgebiete

erobern, von denen aus die gewünschte Region militärisch besetzt werden kann. Wir haben also hier in Oldenburg nicht weniger als die Stoßtruppen des neuen deutschen Großmachtdenkens stationiert. Nicht umsonst sind sie seit März letzten Jahres im Norden Afghanistans. Zum gleichen Zeitpunkt wurde die Bundeswehr in dieser Region offensiver ausgerichtet und versucht seitdem Aufständische aus diesem Bereich durch militärische Operationen zu verdrängen.

Das innerhalb der Truppe nicht gerade ein fortschrittliches oder humanistisches Gedankenbild vorherrscht liegt in der Natur der Sache. Wenn mensch aber hinter die Kulissen schaut wird klar, was für ein Selbstverständnis diese Truppe wirklich hat. Ganz unverhohlen wird in den Amtsstuben ihren großen Vorbildern gehuldigt. Dort hängen Bilder des ersten großen Fallschirmjägereinsatzes in der Geschichte: der Eroberung Kretas durch die Wehrmacht im 2. Weltkrieg. Der Schlachtruf ist damals wie heute ein dreifaches „Glück ab“. Und mit dieser Einheit hat die Stadt Oldenburg eine Partnerschaft geschlossen, ja die Einheit trägt sogar den Namen der Stadt.

Natürlich fordern wir die sofortige Auflösung der Bundeswehr, aber um hier vor Ort ein erstes Zeichen zu setzen, wollen wir die Aufkündigung dieser unseligen Partnerschaft, ganz im Sinne des Slogans:

„Not in our name!“

Bundeswehr an der <<< Carl von Ossietzky Universität?

Forschung war und ist ein „natürlicher“ Bestandteil von Militär und Kriegsführung. Viele Entwicklungen die zivil genutzt werden kommen aus der militärischen Forschung. Das Internet wäre hier als ein großes Beispiel zu nennen. Findet ein Großteil der Forschung in den Forschungsabteilungen von Rüstungsfirmen wie Siemens, ThyssenKrupp, MAN und Konsorten statt, so zeichnet sich in Deutschland in den vergangenen Jahren ein verstärktes Engagement der Bundeswehr in der eigentlich zivilen Forschung ab. Denn um dem Gegner (wer auch immer das sein soll) einen Schritt voraus zu sein und zukünftige Kriege unter minimalen Verlusten auf Seiten der eigenen Soldat_innen führen zu können, sponsort die BW ganze Forschungsbereiche oder richtet sogar eigene Studiengänge ein. So wird in der Virologie in Göttingen zu Viren, die ausschließlich im Kongo vorkommen geforscht, bezahlt direkt von der Bundeswehr. So schafft sich die Bundeswehr langfristig Möglichkeiten für künftige Kriegseinsätze, auf jeder Ebene. Und in Oldenburg?

Nun, hier hat sich unter der Leitung von Prof. Michael Daxner hier in Oldenburg eine Arbeitsstelle konstituiert, die im Bereich Sozialwissenschaften der Bundeswehr mehr direkt als indirekt zuarbeitet. Aber um die Dimension dieser „Arbeitsstelle Interventionskultur“ korrekt einschätzen zu können, müssen wir etwas früher begin-

nen. Seit die Bundeswehr vermehrt im Ausland tätig ist, und auch in Zukunft sein möchte, um geostrategische und wirtschaftliche Interessen durchzusetzen, braucht sie Wissenschaftler_innen die diesen neuen Kolonialismus aufarbeiten und neue Strategien entwerfen, um besetzte Gebiete kontrollieren zu können. Mit diesem Ziel strebt das Militär in Konzepten „vernetzter Sicherheit“ nach der Einbeziehung ziviler Akteure in Kriegsprojekte - von Medien („embedded journalists“), über Hilfsorganisationen bis hin zu Sozialforscher_innen. Als idealer Forschungsbereich hat sich hierbei Afghanistan erwiesen. Um dies wissenschaftlich



auszuwerten wurde am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin der sogenannte „Sonderforschungsbereich 700“ eingerichtet. Dieser forscht nach eigenen Angaben unter dem harmlos klingenden Titel „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit. Neue Formen des Regierens“. Dahinter steht allerdings, in Ländern wie Afghanistan oder dem Kosovo nach neuen Grundlagen zu forschen, um Bevölkerungen nach einem Militärschlag die darauf folgende Besatzung schmackhaft zu machen. Und wie mensch mittelfristig gesellschaftliche Strukturen vor Ort aufbauen kann, die die Bevölkerung unter Kontrolle hält. Die Forschung in diesem Bereich hat also recht wenig damit zu tun, das Leben der dortigen Bevölkerung zu verbessern, sondern dient primär der Sicherung der eigenen Truppen. Hier in der Öffentlichkeit wird das natürlich ganz human als „Wiederaufbau“ verkauft. In einer Studie, die das Verteidigungsministerium in Auftrag gab heißt das dann: „Aus der asymmetrischen Bedrohungslage in Afghanistan folgt militärisch die Notwendigkeit, die Akzeptanz der Afghanischen Bevölkerung soweit als möglich zu erhalten.“ Unverhohlen wird hierbei auf die Erfahrungen kolonialer Besatzung in der Vergangenheit hingewiesen. Es gibt Bezüge zu Erfahrungen der britischen Besatzungszeit in Afghanistan wie auch aus der deutschen Kolonialzeit in Ostafrika. Dies gipfelte wie bekannt sein dürfte im Genozid an den Herero... Um Studien für genau diesen Bereich zu erstellen war Prof. Daxner dann auch vom Oktober 2008 bis zum Februar 2009 als Gastwissenschaftler für das SFB 700 an der FU Berlin tätig. Er bereiste in der Vergangenheit den Kosovo ebenso wie Afghanistan. Aber zurück zur „Arbeitsstelle Interventionskultur“. Diese arbeitet unter anderem mit dem Studiengang „military studies“ an der Uni Potsdam zusammen. Dieser 2007 eingerichtete

Die Erforschung der sozialen Auswirkungen von militärischen Interventionen blendet hierbei ... die Ursachen der Armut aus.

Masterstudiengang ist einzigartig in Deutschland. Liest mensch sich die Träger dieses Studienganges durch, stolpert mensch über das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SOWI) und das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA). Diese direkte Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Militär gab es so vorher nicht. Von unabhängiger Wissenschaft kann hier also in keinem Fall ausgegangen werden. Die Erforschung der sozialen Auswirkungen von militärischen Interventionen blendet hierbei sowohl an der Uni Oldenburg, dem Studiengang military studies als auch dem SFB 700 die Ursachen der Armut aus. Diese größeren Zusammenhänge und damit ein Forschungsansatz, der sich jeder militärischen Intervention, die nie Ursachenbekämpfung ist sondern immer nur mit Kontrolle zu tun hat, kritisch nähert, wird vollkommen weggelassen. Damit werden die realen Ausbeutungsverhältnisse und die Verantwortung der Industriestaaten als Profiteure der bestehenden Verhältnisse ausgeblendet. Es geht, wie schon erwähnt in diesen Forschungseinrichtungen einzig und allein um die Absicherung der eigenen Truppen und eine Ruhigstellung der Menschen dort. Abgesehen davon ist eine so direkte Zusammenarbeit zwischen Universitäten und der Bundeswehr vollkommen abzulehnen. Hier wird die Trennung zwischen der Zivilgesellschaft und dem Militär Schritt für Schritt aufgehoben. Wie so oft, zeigt sich hier der Zynismus der Politik. Der Staat sei angeblich pleite und „wir alle“ müssten den Gürtel enger schnallen. Anstatt geistige und materielle Ressourcen für das Allgemeinwohl einzusetzen und gesellschaftliche Probleme anzugehen, werden Milliarden verpulvert um Kriege zu führen.

Hey kids do you like violence?

Die Bundeswehr benötigt Menschen, die bereit sind Soldat_innen zu werden, um ihre „Aufgaben“ als weltweit agierende Interventionsarmee erfüllen zu können. Aus diesem Grund gehen Jugendoffizier_innen der Bundeswehr an Schulen und Universitäten, werden Kletterwände auf Marktplätzen aufgebaut und Messen, Arbeitsämter und Großveranstaltungen aufgesucht. Die Bundeswehr ist im Internet mit mehreren Seiten präsent und veranstaltet mehrmals im Jahr Sport- und Musikveranstaltungen, wie das „BW-Beachen“ und die „BW-Olympix“. Es gibt Tage der offenen Tür, wie zum Beispiel „Open Ship“ bei der Marine. Bei diesen Anstrengungen der Bundeswehr geht es nicht nur um die Deckung des Personalbedarfs, sondern auch um die Generierung von gesellschaftlicher Akzeptanz zum einen für die Einsätze der Bundeswehr und zum anderen für den „Beruf“ Soldat_in.

In Zeiten von immer gefährlicheren und von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnten Auslandseinsätzen fällt es der Bundeswehr jedoch nicht leicht, Menschen zu finden, die bereit sind, als Soldat_in ihr Leben zu riskieren. Auch militärischer Drill und Gehorsam werden zunehmend abgelehnt. Hinzu kommt der demografische Wandel, was bedeutet, dass immer weniger junge Menschen der Bundeswehr theoretisch zur Verfügung stehen. Anreize wie die „Sicherheit“ des Jobs oder die gute Bezahlung verfangen gerade bei Menschen mit beruflichen Perspektiven immer schlechter. „Besser“ qualifizierte Menschen gehen heutzutage selten zur Bundeswehr. Der Sanitätsdienst hat zum Beispiel große Probleme Offiziere_innen

„Denn wer lässt sich leichter verpflichten als ein Mensch, der keine anderen Perspektiven hat?“

(also Ärzt_innen) zu rekrutieren und auch dem KSK (Kommando Spezialkräfte) fehlt es an Personal.

Zur Bundeswehr gehen heute vor allem junge Menschen, die, unter anderem aufgrund von (Lehr-)Stellenmangel, nur wenige Möglichkeiten haben, auf von der Gesellschaft als legitim betrachteten Wege, an Geld zu kommen. Besonders von der Verschärfung der Auflagen für unter 25-Jährige Hartz4 Empfänger_innen hat die Bundeswehr profitiert. Der Sozialabbau fungiert somit als Rekrutierungshilfe für die Bundeswehr.

Denn wer lässt sich leichter verpflichten als ein Mensch, der keine anderen Perspektiven hat?

Aus diesem Grund wirbt die Bundeswehr massiv in Agenturen für Arbeit für den „Beruf“ des/der Soldat_in. So sagte Christian Louven vom Zentrum für Nachwuchsgewinnung Nord „[...]die Bundeswehr profitiert von der schlechten Wirtschaftslage, das nutzen wir auch aus.“ Zu sehen ist dies auch daran, dass die Rekrutierungsquote in Regionen mit hoher Jugendarbeitslosigkeit erheblich höher ist, als in Regionen in denen Jugendliche zwischen einem Job im zivilen Sektor und einer Laufbahn bei der Bundeswehr wählen können.

Grund hierfür ist unter anderem die Hartz 4 Gesetzgebung, die für Jugendliche unter 25 besonders rigide ist. Das bedeutet, dass sie, wenn sie noch bei ihren Eltern wohnen, generell nur einen Regelsatz von 287€ anstelle von 359€ bekommen und zudem auch keinerlei Mietzuschüsse erhalten. Dies führt faktisch dazu

das ein Auszug unmöglich ist und die Bundeswehr schnell zur einzigen Option wird, das Elternhaus zu verlassen. Zudem hat die U25 Regelung weitere absurde Auswüchse. Unter anderem ist es möglich Jugendlichen, bei nur einem einzigen Verstoß gegen die Auflagen der Arbeitsagenturen, den Regelsatz um 100% zu kürzen. So stehen Jugendliche unter einem enormen Druck möglichst schnell eine Ausbildungs- bzw. Arbeitsstelle zu finden, selbst wenn diese bei der Bundeswehr ist. Ronny Schleicher, Sprecher der ARGE Leipzig „Ein Angebot für einen Job beim Bund werten wir als normale Wiedereingliederungshilfe. Allerdings werden wir in jedem Einzelfall prüfen, ob das Angebot zumutbar war und somit Sanktionen fällig werden“ Allein die Gleichstellung von Bundeswehr und ziviler Arbeit ist eine schaurige Verharmlosung der Tragweite einer „Karriere“ bei der Bundeswehr, aber zudem noch Druck durch mögliche finanzielle Sanktionen aufzubauen bewegt sich in die Richtung einer Zwangsrekrutierung.

Um diesen Druck zu verschleiern, wird das Soldat_innendasein durch die ARGEs schöneredet, deren Mitarbeiter_innen durch Bundeswehreinrichtungen speziell geschult werden sollen. So wirbt die ARGE Magdeburg in einer Pressemitteilung: „Diese Karrierechance als Soldat auf Zeit bietet ihnen für vier Jahre ein gesichertes Einkommen, erweitert ihre sozialen und beruflichen Kompetenzen und entlastet den Arbeitsmarkt.“ Dass mensch für



vier Jahre keine Chance hat den Arbeitsplatz zu wechseln, wird hier einfach als gesichertes Einkommen umgedichtet oder auch gerne als „Beschäftigungsgarantie“ umschrieben und auch die Gefahren für die eigene Gesundheit bei einem Auslandseinsatz werden unter den Tisch fallen gelassen. Von jeglichem standortnationalistischen Quatsch in der Aussage der ARGE Magdeburg abgesehen, funktioniert die angebliche „Entlastung“ des Arbeitsmarktes nur, weil alle alle Steuerzahler_innen über Steuern

die Bundeswehr finanzieren müssen. Das dieses Geld investiert in Bildung und soziale Projekte Jugendlichen eine weitaus bessere Perspektive schaffen würde ist nach der herrschenden kapitalistischen Logik keine Option. Vitale Interessen im Ausland könnten so ja nicht durch den Bundeswehr Nachwuchs vertreten werden. Selbst die Gefahren eines Einsatzes sind keine Argumente gegen das Soldat_innendasein mehr. Die ständige Gefährdung der körperlichen Unversehrtheit und der da-

durch ständig vorhandenen Druck sind laut „Y“ (ein Magazin der Bundeswehr) großartig für die Persönlichkeit. „[die Soldaten] sind auch hohem psychischen Druck ausgesetzt, denn im Einsatz geht es um das eigene Leben. Mehr noch als Berufstätiger in der Wirtschaft, wo Entlassung, Mobbing und Reorganisation [...] die Berufstätigen heutzutage belasten. Das verschafft den ehemaligen Soldaten einen Wettbewerbsvorteil auf dem Arbeitsmarkt

von hohem Wert.“ Dass die Anzahl an Soldat_innen mit posttraumatischen Belastungsstörungen nach Auslandseinsätzen steigt, die dadurch keinerlei Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, wird hierbei zynischer weise einfach ausgeblendet.

Militarisierung und Sozialabbau gehen hier Hand in Hand. Es muss jedem/jeder klar sein bzw. klar gemacht werden, dass ein Soldat_innendasein niemals der Ausweg aus der Perspektivlosigkeit ist.

Mörder_innen mit Abschluss...

Wie bereits erwähnt, gelingt es der Bundeswehr vor allem perspektivlose, junge Menschen mittels enormen Drucks zu Rekrutieren. Probleme hingegen bereitet es der Bundeswehr „besser“ qualifizierte Menschen für den Beruf Soldat_in anzuwerben. Menschen mit „höherer“ Qualifikation und beruflicher Perspektive gehen selten zur Bundeswehr. Im Sanitätsdienst, bei den Kampfgeschwadern, dem KSK, den Kampfschwimmern und bei weiteren Teilen der Truppe fehlt es an qualifiziertem Personal. Mit Angeboten der Aus- und Weiterbildung versucht die Bundeswehr diesen Missstand zu beheben.

Eine wichtige Rolle spielen dabei die Bundeswehr-Universitäten in München und in Hamburg (Helmut-Schmidt-Universität). Die Bundeswehr bewirbt ihre Universitäten mittlerweile massiv mit dem Slogan: „Studieren ohne Studiengebühren, Studieren mit Gehalt – Studium bei der Bundeswehr“. Tatsächlich gibt es bei den Bundeswehr-Universitäten keine Studiengebühren und den Student_innen wird Sold gezahlt. Die Kehrseite der Medaille: Voraussetzung für ein Studium bei der Bundeswehr ist eine Verpflichtung auf 13 Jahre. Angesichts der horrenden Studien-

gebühren in vielen Bundesländern ist es nicht verwunderlich, das bei einer Umfrage im Jahr 2002 fast 70% der Student_innen an den Bundeswehr-Universitäten angaben, das sie den „Beruf“ Soldat_in nicht gewählt hätten, wenn ihnen dadurch kein gebührenfreies Studium ermöglicht worden wäre.

...und ohne.

Eine weitere Maßnahme der Bundeswehr um Menschen für gefährliche Einsätze zu rekrutieren, ist das Absenken der Einstellungskriterien für Freiwilliglängerdienende. Freiwilliglängerdienende sind Menschen, die den Grundwehrdienst absolviert haben und sich für einen bestimmten Zeitraum darüber hinaus verpflichten. Diese Verpflichtung schließt auch Auslandseinsätze mit ein. Im Jahr 2006 wurden die Einstellungskriterien für Freiwilliglängerdienenden in Bezug auf physische Belastbarkeit erhöht, während sie in Bezug auf psychische Belastbarkeit, soziale Kompetenz und Verhaltensstabilität abgesenkt wurden.

Wie verantwortungslos dies gegenüber der betroffenen Lokalbevölkerung aber auch den Soldat_innen selbst ist, dürfte klar sein. Aber hier können wir nicht mit unserer Kritik stehenbleiben.

Wir wollen nicht das fortan schlauere, nettere und besser ausgebildete Soldat_innen die Kriegsschauplätze dominieren. Kein Mensch darf je wieder dazu gezwungen werden sein Leben im Krieg riskieren. Das Militär war und wird nie ein „normaler“ Arbeitgeber sein, denn es gehört auf dem Weg in eine emanzipatorische und friedlichere Gesellschaft sofort abgeschafft.

Wir wollen nicht das fortan schlauere, nettere und besser ausgebildete Soldat_innen die Kriegsschauplätze dominieren. Kein Mensch darf je wieder dazu gezwungen werden sein Leben im Krieg riskieren. Das Militär war und wird nie ein „normaler“ Arbeitgeber sein, denn es gehört auf dem Weg in eine emanzipatorische und friedlichere Gesellschaft sofort abgeschafft.

Militär und Wirtschaft – oder: was hat Oldenburg mit dem Krieg zu tun?



Militär, Krieg und Frieden spielen sich nicht im luftleeren Raum ab, sondern müssen immer im größeren Zusammenhang gedacht werden. In der globalen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, in der wir derzeit leben, ist unumgänglich, dass wirtschaftliche Interessen eine elementare Rolle spielen. Anhand von Beispielen die wir hier direkt vor Ort, in der kleinen Huntemetropole Oldenburg, finden wollen wir eine kritische Betrachtung dessen beginnen, was eine Armee wie die Bundeswehr in Zeiten bedeutet, in denen Profite wichtiger sind als Menschen.

Die Bundeswehr ist in jüngster Vergangenheit einer Vielzahl von Umstrukturierungen ausgesetzt worden. Mal ganz davon abgesehen, dass Krise und knappe Kassen auch nicht vor der Bundeswehr halt machen, sind die Maßnahmen (z.B. die Abschaffung der Wehrpflicht) jedoch keinesfalls erste Schritte in Richtung Abrüstung. Sie dienen eher der Erschaffung einer effizienteren und effektiveren Armee, die endlich gegenwärtigen Ansprüchen gerecht wird.

Ein besonders ekelhafter Aspekt der Umstrukturierungsmaßnahmen ist die Privatisierung von Aufgabenfeldern, die nur entfernt mit Kriegsführung zu tun haben. Auf diese wird später nochmal genauer eingegangen.

Kriegsversorgung mitten in Oldenburg

Seit der Neuausrichtung der Bundeswehr zum 01. Januar 2002 hat das Verpflegungsamt der Bundeswehr seinen Hauptsitz in Oldenburg. Es ging damals aus vier eigenständigen Verpflegungsämtern hervor und stellt seitdem als zentraler Dienstleister zusammen mit seinen Außenstellen in Berlin, Kempten (Bayern) und Gillenfeld (Rheinland-Pfalz) die Hauptversorgung der Bundeswehr mit Lebensmitteln.

Was das wiederum genau bedeutet, lässt sich anhand von ein paar von der Bundeswehr selbst genannten Zahlen verdeutlichen. So werden jährlich 16 Millionen Euro für die Beschaffung von Lebensmitteln ausgegeben, die zur Versorgung der 318 BW-Küchen verwendet werden. Zusammen mit Küchengeräten werden die Lebensmittel dann durch Vertragsspeditionen (oder Luft- bzw. Seefracht) wöchentlich ausgeliefert, wobei den im Ausland stationierten Einsatzkontingenten natürlich eine besondere Rolle zukommt. Bundesweit sind über das Verpflegungsamt 85 Menschen angestellt (davon 58 in Oldenburg), und kümmern sich um die Bestellungen der Truppen.

Besonders interessant ist auch, dass in Oldenburg die deutschlandweit einzige Packanlage für sogenannte „Einmannpackungen“ (EPa) steht und



jährlich 300.000 Stück davon produziert. EPas sollen Soldat_innen bei ihren Einsätzen durch den Tag bringen und gewährleisten zusammen mit den neuen "Gruppenversorgungsmodulen" die Flexibilität der schnellen Eingreiftruppe, zu der die jetzt auch an Offensiv-Kriegen beteiligte Bundeswehr geworden ist. Die allein für den Notfall gelagerten 3.900 Tonnen Lebensmittel sind da wahrscheinlich auch nicht unvorteilhaft.

Diese Informationen sind vor allem deshalb wichtig, weil sie verdeutlichen, dass Oldenburg direkt an den von Deutschland und seinen Verbündeten geführten Kriegen beteiligt ist und gleichzeitig auch die Strukturen bereithält, die eine weitere Verschärfung eben dieser Tatsache bedeuten können. Ein Kriegsschauplatz befindet sich sozusagen genau vor unserer Nase. Desweiteren beleuchten die Zahlen die Tatsache, dass die Bundeswehr der größte Privatverbraucher Deutschlands ist. Verständlicherweise ist sie deshalb auch in der Wirtschaft sehr beliebt, eine Verbindung die wir nicht unkommentiert lassen wollen.

Make some Money

Auf dem Celler Dialog 2007 (der inzwischen gescheiterte Versuch eines Gipfeltreffens zwischen Wirtschaft und Militär) formulierte der Oldenburger CDU-Abgeordnete und Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium Thomas Kossendey eine folgenschwere Entwicklung im deutschen Kriegsgeschäft folgendermaßen: „Die investive Schwäche des Staates zwingt



uns dazu, Verbesserungen in der Truppe durch alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen.“

Um diesem Zwang zu entsprechen wurde im Jahr 2000 die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb GmbH (kurz g.e.b.b.) gegründet. Deren alleiniger Gesellschafter ist das Bundesministerium für Verteidigung und die g.e.b.b. somit die betriebswirtschaftliche Beratungsagentur der Bundeswehr. Sie soll prüfen, inwiefern Abläufe innerhalb der Bundeswehr kostengünstiger gestaltet werden können, was im O-Ton dann ungefähr so

klingt: "Wir wollen die Bundeswehr stärken bei der Erfüllung ihrer militärischen Kernaufgaben. Hierzu wollen wir sie entlasten von nicht-militärischen Servicetätigkeiten. Und wir wollen neue investive Spielräume für die Bundeswehr schaffen: Durch eine deutliche Senkung der Betriebskosten und des gebundenen Kapitals sowie die Mobilisierung privaten Investorenkapitals. Zusätzlich wollen wir Erträge generieren und neue Ertragsquellen erschließen[...]"

Im Kampf ums Geld zählen Optimierungen, Public Private Partnerships (Aufgaben des Staates werden in langfristigen Verträgen an private Unternehmen abgegeben) oder gleich die Privatisierung ganzer Aufgabenfelder der Bundeswehr zu den wichtigsten Waffen.

Für die g.e.b.b. bieten sich beispielsweise bei der Lebensmittelversorgung der Truppen, wie sie in Oldenburg organisiert wird, gleich mehrere Ansatzpunkte an. Allein die Beschaffung von möglichst billigen Lebensmitteln für den festen Abnehmer Bundeswehr verspricht einerseits Einsparmöglichkeiten für die Bun-

deswehr, andererseits auch viel und vor allem sicheres Geld für den Produzenten. Auch der Transport zu den jeweiligen Küchen könnte dementsprechend ein lukratives Geschäft sein, sofern er billiger ist als der bundeswehreigene Fuhrpark. Das die Bereitstellung von Logistik für ein Unternehmen ein milliardenschweres Geschäft ist, bewies zuletzt die DHL (die wir auch getrost Deutsche-Heeres-Logistik nennen können). Mit dem US-Militär im Irak und der Bundeswehr in Afghanistan als Hauptkunden avancierte die DHL schnell vom reinen Kriegs-Profiteur zum aktiven Besatzungshelfer. Doch nicht nur die DHL, auch andere Unternehmen profitieren von der Neuausrichtung der Bundeswehr und heben die Verflechtung von Zivilgesellschaft und Militär auf eine ganz andere Ebene.

Obwohl der Zusammenhang zwischen Krieg und Profit wirklich kein neuer ist, gilt es trotzdem ihn immer wieder kritisch zu hinterfragen. Während die gerade erwähnten "investiven Spielräume" der Bundeswehr wörtlich übersetzt die Beschaffung von noch gewaltigeren Tötungsapparaten bedeutet und "militärische Kernaufgaben" auch als Krieg übersetzt werden könnte, entfalten die aktuellen Entwicklungen zusätzlich noch einen viel ekelhafteren Beigeschmack: Durch die (Teil-) Privatisierung wesentlicher Aspekte der Kriegsführung gibt es immer mehr Unternehmen, die direkt oder indirekt von Kriegen mit deutscher Beteiligung profitieren. Dementsprechend besteht auch ein gesundes wirtschaftliches Interesse daran, dass die Anzahl der kriegerischen Auseinandersetzungen zumindest nicht abnimmt.

Zum Schluss

Die Bundeswehr und ihr ideologischer Unterbau, der Militarismus, sind Elemente, die jeglichen emanzipativen Bemühungen innerhalb einer Gesellschaft entgegenstehen. Dementsprechend ist jede Zivil-Militärische Zusammenarbeit, so harmlos sie auch zu sein scheint, immer völlig inakzeptabel, sowohl hier in Oldenburg wie auch anderswo.

Militarismus und Krieg bloß auf ökonomische Ursachen zurückführen zu wollen, ist in jedem Fall irreführend. Mit Blick auf die sich anbahnenden globalen Konflikte, wie z.B. der Kampf um

Ressourcen, wird jedoch deutlich wie wichtig ein konsequenter Antimilitarismus in Deutschland als rohstoffarme und exportorientierte Nation ist.

Wo wirtschaftliche Interessen notfalls auch mithilfe einer waffenstarrten Militärmacht vertreten werden, lässt unser Widerstand bestimmt nicht lange auf sich warten. In Oldenburg gibt

es mehr als genug Möglichkeiten, Antimilitarismus endlich in die Praxis umzusetzen.

Bundeswehr wegtreten!

Kapitalismus abschaffen!

„Diese Informationen sind vor allem deshalb wichtig, weil sie verdeutlichen, dass Oldenburg direkt an den von Deutschland und seinen Verbündeten geführten Kriegen beteiligt ist und gleichzeitig auch die Strukturen be-reithält, die eine weitere Verschärfung eben dieser Tatsache bedeuten können.“

> Antimilitaristische Veranstaltungsreihe <

23.02.2011 Das Märchen vom Abzug
aus Afghanistan
Claudia Haydt
(Informationsstelle Militarisierung e.V.)

Weder die NATO auf ihrem Gipfel in Lissabon noch der Bundestag in seinem Ende Januar beschlossenen neuen Mandat für den Afghanistankrieg haben einen friedlichen Abzug beschlossen. Im Gegenteil NATO und Bundestag haben die Grundlage für noch mehr Krieg, noch mehr Bombardements und noch mehr Opfer gelegt. Die Besatzer Afghanistans erhoffen sich für die nächsten Jahre vor allem eine stärkere Beteiligung afghanischer Soldaten und Polizisten am Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Der Vortrag von Claudia Haydt beleuchtet die militärischen und politischen Pläne der NATO und der Bundesregierung in Zentralasien, wo zur Zeit auch die wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen des Westens immer deutlicher zum Vorschein kommen.

28.02.2011 Bundeswehr und Schule
Michael Schulze von Glaßer
(Informationsstelle Militarisierung e.V.)

Die Bundeswehr erobert die Schulen: Schulministerien und Militärs schließen Kooperationsvereinbarungen, Jugendoffiziere halten Vorträge und wollen Schülerinnen und Schülern Mi-

litäreinsätze als ein normales Mittel der Politik verkaufen und Wehrdienstberater rekrutieren den Nachwuchs direkt aus den Klassenzimmern für die nächsten Kriege. Eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zur Militarisierung der Schulen.

11.03.2011 Bundeswehreinätze im Ausland
Christoph Marischka
(Informationsstelle Militarisierung e.V.)

„Hinterhof Afrika“? Fantasien, Interessen und Strategien in der deutschen und europäischen Afrikapolitik

Bis zu 25% der in Europa verbrauchten Energie sollen bis 2050 im Rahmen des DESERTEC-Projektes aus Nordafrika importiert werden. Die dafür notwendigen Investitionen in dreistelliger Milliardenhöhe werden zwangsläufig über Jahrzehnte hinweg – notfalls auch militärisch – abgesichert werden müssen. Wie ein solcher sicherheitspolitischer Investitionsschutz aussehen könnte und was er für Folgen haben könnte, soll anhand der bisherigen Sicherheitspolitik Deutschlands und der Europäischen Union auf dem afrikanischen Kontinent dargestellt werden. Bereits heute sind Bundeswehr und EU an neuen Grenzziehungen, am Auf- und Umbau von Armeen und der gezielten Unterstützung und Sabotage afrikanischer Regime beteiligt.

14.03.2011 Europäischer Heimatschutz.
Ein neuer präventiver Sicherheitsstaat
Matthias Monroy (gipfelsoli)

Mit der Staatswerdung der Europäischen Union werden ihre Kompetenzen im Bereich Innerer Sicherheit zunehmend ausgeweitet. Das „Stockholmer Programm“, der neue justiz- und innenpolitische Fünfjahresplan der EU, beinhaltet zahlreiche problematische Maßnahmen zu Migrationsabwehr, Datenaustausch, grenzüberschreitende Repressionszusammenarbeit, gemeinsamen Polizeieinsätzen außerhalb der EU oder den Versuch, Risikoanalysen zukünftigen abweichenden Verhaltens zu erstellen. Mit dem Vertrag von Lissabon erhält die EU neue Kompetenzen zum Ausbau ihres Sicherheitsapparats. Hinzu kommt eine „Strategie der inneren Sicherheit“, die eine Zusammenarbeit zwischen Polizeien, Militär und Geheimdiensten vereinfachen soll. Die Sicherheitsindustrie forscht hierfür an technischen Werkzeugen, um Überwachung und Kontrolle zu automatisieren und gegen jedes abweichende Verhalten in Stellung zu bringen.

In der Veranstaltung geben wir einen Überblick über die europäische „Homeland Security“, ihre Akteure, Pläne und Forschungsprojekte.

22.03.2011 Frontex
Flüchtlingsabwehr aus dem All
Vertreter der Frontexinitiative Bremen

Frontex die europäische Agentur für operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen hat viele Aufgaben um die Flüchtlingswege nach Europa hinein abzuschotten zu kontrollieren und einzu-

dämmen. Eine davon ist es auch die Technologien für die Überwachung bereitzustellen. Das europäische Raumfahrtprogramm GMES (Global Monitoring on Environment and Security) wird auch hierfür Technik bereitstellen, damit Flüchtlingsbewegungen in Zukunft aus dem All überwacht werden können. In der Veranstaltung wird die Organisation Frontex und die EU Raumfahrtinitiative GMES vorgestellt werden, sowie ein Kampagne gegen diese Form der Sicherheits- und Rüstungsforschung.

12.04.2011 Bundeswehrumstrukturierung
Lühr Henken
(Berlin, Friedensratschlag)

Die Regierung will die Bundeswehr verkleinern, die Wehrpflicht aussetzen und Minister Schäuble fordert Einsparungen. Wird die Bundeswehr damit friedlich? Welchem Zweck dient die „Strukturreform?“ Wozu soll die Bundeswehr eingesetzt werden? Zum Kriegführen, wie in Afghanistan? Zur Landesverteidigung? Und: Was hat es auf sich mit von Gutenbergs Forderung, dass der „Zusammenhang von regionaler Sicherheit und deutschen Wirtschaftsinteressen offen und ohne Verklemmung angesprochen werden“ müsse? Ist die Bundeswehr überhaupt „reformierbar“ oder gehört sie einfach abgeschafft?

**Alle Veranstaltungen:
ab 20.00 Uhr im Alhambra**

Diese Veranstaltungsreihe wird unterstützt von:
DGB Jugend Oldenburg
„Subklub“ Alhambra

Demonstrieren, Sabotieren, Desertieren!

Bundeswehr abschaffen!



Gegen Krieg
und Krise

Für die soziale Revolution